



INHALT SEPTEMBER 2011

SEITE 1

DORTMUND NAZIFREI

Proteste gegen Neonazi-Aufmarsch in Dortmund

SEITE 2

GIESSEN: BUNTER PROTEST GEGEN NPD-AUFMARSCH

Bezirksjugendausschuss der IG BCE sammelte Geld für Kumpelverein

ROCK GEGEN RECHTS

Musik und Informationen in Stralsund

NPD-WERBUNG NICHT GESENDET

Oberverwaltungsgericht gibt Rundfunk Berlin-Brandenburg recht

SCHUTZ UND BETEILIGUNG

Aspekte gewerkschaftlicher Arbeit für und mit MigrantInnen

SEITE 3

EINE ERFOLGSGESCHICHTE

ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund in den Gewerkschaften

INTEGRATION AUCH NACH INNEN

Ansätze zur Förderung von MigrantInnen in die Gewerkschaften

SEITE 4

„RESPEKT! KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS“

IG Metall bringt die Initiative vom Fußballplatz in die Betriebe

FILM DES MONATS

...und dann kam MoNA

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

DORTMUND NAZIFREI

Proteste gegen Neonazi-Aufmarsch in Dortmund

Dortmund hat sich am 3. September 2011 gegen einen Nazi-Aufmarsch gewehrt. Die Autonomen Nationalisten hatten für den Tag zu einem so genannten nationalen Antikriegstag einen Aufmarsch angekündigt. Rund 10.000 Menschen nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil, 4.000 allein bei einer Gegendemonstration. Schon seit dem 29. August hatte ein von ver.di und der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie veranstaltetes Friedensfestival stattgefunden, an dem ebenfalls viele tausend Menschen teilnahmen.

„Dortmund nazifrei“, eine von mehreren Initiativen, die die Proteste organisierten, hatten auch zu friedlichen Blockaden des Neonazi-Aufmarschs aufgerufen. Zwar konnte der Aufmarsch nicht verhindert werden, aber immerhin haben über 100 DortmunderInnen es über Stunden geschafft, an der Pauluskirche die Straße zu blockieren. Die Route des Neonazi-Aufmarschs musste deshalb verändert werden. Die Initiative sieht das als Erfolg.

„Dortmund nazifrei“ wurde unter anderem von der Dortmunder DGB-Jugend auf den Weg gebracht. Ein „bürgerliches Blockadebündnis“, so Fatih Ece, Jugendsekretär. Im Aufruf der Initiative hieß es mit Bezug auf den angekündigten Aufmarsch: „Als Demokratinnen und Demokraten sehen wir uns in der Pflicht, dies entschlossen zu verhindern und den Nazi-Horden den Weg zu blockieren. Dabei verzichten wir ausdrücklich auf gewaltsame Aktionen jeder Art gegen Menschen und Sachen. Wir wollen friedlich für Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt eintreten.“ Das hatten viele bekannte Bürgerinnen und Bürger der Stadt unterschrieben, so etwa Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD) und der nordrhein-westfälische Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider, der auch einmal DGB-

Vorsitzender in Dortmund war, und die Landtagsabgeordnete der Grünen, Daniela Schneckenburger. Und genau das hatte im Vorfeld zu Auseinandersetzungen geführt. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die drei genannten PolitikerInnen wegen der Unterstützung des Aufrufs öffentlich kritisiert. Für die Dortmunder Polizei war der Aufruf Anlass zu einer Plakataktion, in der sie TeilnehmerInnen an Blockaden mit einer Strafanzeige droht, da dies ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz sei.

Die Plakataktion wurde von „Dortmund nazifrei“ als „Stellungnahme am Rande des Neutralitätsgebotes“ kritisiert. Sie trage „weniger zur Aufklärung als zur Verunsicherung bei“. Und auch in der Bevölkerung stieß die Idee friedlicher Blockaden auf mehrheitliche Zustimmung. Bei einer online-Umfrage der Dortmunder Ruhr-Nachrichten stimmten über 80 Prozent der Aussage zu: „Nein, man muss sich den Neonazis entgegenstellen. Da sollte die Polizei mal ein Auge zudrücken.“

Auch nach Beendigung der Proteste gegen den rechten Aufmarsch war die Debatte nicht beendet. Dortmunds Polizeipräsident, Hans Schulze, erklärte, die gewalttätigen Auseinandersetzungen, die es auch gegeben hatte, seien in einer Sogwirkung der Blockadeaufrufe entstanden.

Den Abschluss der Proteste bildete ein von der Stadt veranstaltetes Friedensfest im Stadtteil Dorstfeld. Unmittelbar nach dessen Beginn stürmten 30 bis 40 Neonazis den Platz, bauten sich vor der Bühne auf und skandierten rechte Parolen bis sie von Teilnehmern des Festes abgedrängt werden konnten. Die Polizei war nur mit wenigen Streifenpolizisten vor Ort. Polizeipräsident Schulze nannte als Grund dafür ein Kommunikationsproblem.

DORTMUND NAZIFREI
Bündnis demokratisches Dortmund

Für „Dortmund nazifrei“ war dies nicht nachvollziehbar: „Dieses Versagen mit einer ‚kleinen Kommunikationspanne‘ zu erklären, halten wir der Situation nicht für angemessen, da sie auch zu massiven Übergriffen und Körperverletzungen auf die anwesenden BürgerInnen hätte führen können. Hier entstand der Eindruck, als schütze die Polizei die Nazis, nicht aber die Demokraten.“ Dass die Befürchtungen von „Dortmund nazifrei“ nicht unbegründet sind, macht ein Vorfall kurz vor dem Nazi-Aufmarsch klar. In der Nacht zum 25. August 2011 war das Haus des ver.di-Vertrauensleutesprechers der Dortmunder Stadtverwaltung, Horst Kortwittenborg, mit einem Hakenkreuz beschmiert worden. Das war einer von mehreren rechten Übergriffen in der Region, mit denen Neonazis offenkundig den rechten Aufmarsch auf ihre Weise vorbereiteten.

Bernd Vallentin, stellvertretender Vorsitzender des Kumpelvereins und selbst ver.di-Mitglied, findet klare Worte: „NRW ist stolz auf seine Vielfalt in der Kultur, NRW war immer ein Zuwanderungsland. Respekt und Toleranz zeichnen Städte wie z. B. Dortmund aus. Keine Toleranz für Rechte, Fremdenfeinde und Rassisten ist deshalb die klare Ansage. Die Dortmunder haben eine Woche lang auf vielen Veranstaltungen deutlich gemacht, dass Horst Kortwittenborg mit seiner Überzeugung nicht alleine steht. Wir unterstützen ihn mit der Forderung nach Null Toleranz gegen NPD und braune Gewalttäter.“



GIESSEN: BUNTER PROTEST GEGEN NPD-AUFMARSCH

Bezirksjugendausschuss der IG BCE sammelte Geld für Kumpelverein

Mit vielfältigen Aktionen hat ein breites Bündnis am 16. Juli 2011 in Gießen gegen einen NPD-Aufmarsch protestiert.

Unter dem Motto „Gießen bleibt bunt“ fand ein großes Straßenfest in der Gießener Innenstadt statt. Rund 200 verschiedene Organisationen haben dieses Fest als Antwort auf die angesetzte Demonstration der rechtsextremen NPD geplant und durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben in den verschiedensten Aktionen, an Ständen und auf Bühnen deutlich gemacht, dass Neonazis gegen ein buntes Gießen keine Chance haben.

Unter dem Aufruf „Gießen bleibt nazifrei“ haben etwa 2.000 Menschen in mehreren Demonstrationen den NPD-Aufmarsch an den Rand der Stadt gedrängt.

Der Bezirksjugendausschuss (BJA) Mittelhessen der IG BCE hat auf dem Straßenfest über 100 Euro gesammelt und stellt sie dem Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ zur Verfügung. Damit soll dessen Arbeit für ein interkulturelles Miteinander und die Unterstützung Jugendlicher und Erwachsener in ihrem sozialen und politischen Engagement gegen Rassismus gefördert werden.



IG BCE BJA-Mittelhessen überreicht Thorsten Schäfer-Gümbel (Vorsitzender der SPD-Hessen und der SPD-Landtagsfraktion) den Wettbewerbsflyer „Die Gelbe Hand“.

ROCK GEGEN RECHTS

Musik und Informationen in Stralsund

ROCK GEGEN RECHTS STRALSUND
Einlass: 18.00 Uhr Beginn: 19.00 Uhr
20. August 2011
FEINE SAHNE / FISCHFILET / VODKA REVOLTE
GUTEN MORGEN / LENA
DEPRESSIDE / ASTRAY
Alte Eisengießerei
www.RGR-Stralsund.de.vu Eintritt 5 Euro

Aktionstage gegen Rechts in der Volkshochschule:
15.08. | 17.00 Uhr Ausstellungsöffnung: „Neofaschismus in Deutschland“
15.08. | 18.00 Uhr Premiere des neuen Wahlwerbeposters: „Warum wählen gehen?“
15.08. | 19.00 Uhr Filmabend: „Hi-Tech Nazijäger“
16.08. | 18.00 Uhr Vortrag: „Leben von Flüchtlings in MV“
17.08. | 18.00 Uhr Vortrag: „rechte Gewalt in MV“
18.08. | 18.00 Uhr Vortrag: „Ökologie von rechts“
19.08. | 18.00 Uhr Podiumsgespräch: „Alltagsrassismus und rechte Strukturen – Deutsche Zustände“ und antifaschistische Perspektiven
20.08. | 18.00 Uhr Vortrag: „rechte Strukturen und Strategien in MV“
- im Stie-er Theater, gleich neben der alten Eisengießerei -

lerinnen und Schüler aus vier Schulen sind aktiv geworden, um etwas gegen rechte Aktivitäten zu tun. Aus der Organisation eines Antifa-Konzerts ist eine Gegenkultur an den Schulen entstanden, aus der sich Rock gegen Rechts speist.

Beim Rock gegen Rechts Konzert in Stralsund geht es aber nicht nur um Musik. Im Vorfeld finden immer Aktionstage statt, Motto: „Raus ausm Sessel, rein in die Bildung“. In diesem Jahr gab es unter anderem eine Ausstellung zum Thema Neofaschismus in Deutschland, eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Flüchtlingspolitik und zur Situation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und einen Informationsabend über rechte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 20. August 2011 fand das nunmehr siebte Konzert Rock gegen Rechts in Stralsund statt. Gestartet war das Projekt im Jahr 2005. Schü-

NPD-WERBUNG NICHT GESENDET

Oberverwaltungsgericht gibt Rundfunk Berlin-Brandenburg recht

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat am 31. August 2011 dem Rundfunk Berlin-Brandenburg in einem Urteil in zweiter Instanz recht gegeben, einen Wahlspot der rechtsextremen NPD nicht zu senden. In Berlin finden am 18. September Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Der Sender hatte sich am 12. August geweigert einen Spot der NPD zu

senden, weil er – so die Begründung – geeignet sei, Menschen ausländischer Herkunft zu beschimpfen, verächtlich zu machen oder zu verleumden, dies verstoße gegen allgemeine Gesetze. Dagegen hatte die NPD in einem Eilantrag beim Berliner Verwaltungsgericht geklagt und verloren. Das Urteil wurde nun in zweiter Instanz bestätigt.

SCHUTZ UND BETEILIGUNG

Aspekte gewerkschaftlicher Arbeit für und mit MigrantInnen

Auf der Bundesmigrationskonferenz der IG Metall (IGM) im Februar 2011 kam der 1. Bevollmächtigte der IGM Düsseldorf-Neuss Nihat Öztürk in einem Beitrag zu zwei Aussagen, die sich auf den ersten Blick widersprechen: Was die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund angeht, sind die Gewerkschaften der Politik weit voraus. Und: Die IG Metall muss kulturell vielfältiger werden – was so sicher auch für andere Gewerkschaften im DGB gilt.

Die Zahlen von Mandatsträgern mit Migrationshintergrund könnten etwa mit Blick auf die Mitgliederstruktur besser sein – alle anderen politischen oder gesellschaftlichen Organisationen dürften, was die Beteiligung an-

geht, neidisch sein, auch wenn das öffentlich zuzugeben sicherlich schwer fällt. Öztürk zielte auf etwas anderes: Ihm ging es um den Wandel von „der paternalistischen Betreuung zur interkulturellen Öffnung“. Dies sei ein langer Prozess, der begonnen wurde, aber noch nicht abgeschlossen ist. Das ist eine Entwicklung, für die Zahlen Indikatoren sein können, aber nicht die Entwicklung selbst beschreiben.

Szenenwechsel: ArbeitsmigrantInnen der ersten und inzwischen auch zweiten Generation erreichen derzeit das Renteneintrittsalter. Und unabhängig, ob sie in einer kleinen Feier vom Betriebsrat verabschiedet werden oder in einer größeren mit Reden und Musik – eines ist fast immer ein Fazit:

Gewerkschaft war für mich immer ein bisschen Heimat oder Familie. Von deutschen KollegInnen sind solche Aussagen sehr viel seltener.

Was das mit kultureller Vielfalt in den Gewerkschaften zu tun hat? Als seit 1955 angeworbene ArbeitnehmerInnen nach Deutschland kamen, galt für sie das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Der Arbeitnehmerbegriff unterscheidet nicht nach Herkunft, und mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 hatten alle ausländischen ArbeitnehmerInnen neben dem aktiven auch das passive Wahlrecht für den Betriebsrat. Die rechtliche Gleichstellung war vollends erreicht. (Eine letzte Ungleichheit wurde bei den Wahlen für die Selbstver-

waltungsgremien der Sozialversicherung 1992 beseitigt in dem man auch da neben den aktiven, das passive Wahlrecht eingeführt wurde).

Die Gewerkschaften sorgten dafür, dass mögliche Übergriffe des Arbeitgebers, etwa in Bezug auf Entgelt, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit gegenüber ausländischen ArbeitnehmerInnen verhindert wurden. Die Betriebsräte haben laut Betriebsverfassungsgesetz die Pflicht, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu unterbinden. Das wurde mit der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes 2001 noch einmal verstärkt.

Dass es dabei auch Unzulänglichkeiten und Fehler gab, ist unbestritten. Im Großen und Ganzen aber erfüllen die



MigrantInnen und Gewerkschaft: ein Stück Heimat. Recklinghäuser Tagung der IG BCE 2010
Foto: Rogner/IG BCE

Gewerkschaften und ihre Mitglieder in den betrieblichen Interessenvertretungen die Schutzfunktion für ihre ausländischen Mitglieder. Das hat schon ein Gefühl von Heimat vermittelt. Außerhalb der Arbeitswelt war und ist diese Erfahrung immer noch nicht alltäglich. Insofern sind die Gewerkschaften der Politik weit voraus.

Dass der Schutz oft eher paternalistisch funktionierte, ist richtig. Das ist aber gewerkschaftspolitisch keineswegs allein auf Migrantinnen und Migranten bezogen. Unter dem Begriffspaar Stellvertreterpolitik oder Beteiligungsorientierung ist das immer

wieder auch für andere Bereiche, zum Beispiel Angestellte, diskutiert worden.

Und natürlich ist die Ausrichtung der Gewerkschaften auf die gesellschaftlichen Strukturen eines Einwanderungslandes, eine interkulturelle Öffnung, von vitaler Bedeutung. Deshalb ist größere kulturelle Vielfalt – Buntheit – nötig. Was es den Gewerkschaften leichter macht ist die Tatsache, dass eine Grundlage gegeben ist. Denn unabhängig wie paternalistisch der Schutz war, war er immer auch Ausdruck von Solidarität.

EINE ERFOLGSGESCHICHTE

ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund in den Gewerkschaften

Die Organisation von ArbeitnehmerInnen ausländischer Herkunft ist in den Gewerkschaften eine Erfolgsgeschichte. Zwar erfassen nicht alle Gewerkschaften diese Gruppe gesondert – da, wo sie es tun, lässt sich der Erfolg auch in Zahlen belegen. So sind 65 Prozent der ausländischen Beschäftigten im Organisationsbereich der IG BCE Gewerkschaftsmitglied. Wenn man weiß, dass der Organisationsgrad in Deutschland insgesamt bei unter 25 Prozent liegt, ist deutlich, dass dies ein hervorragender Wert ist – auch wenn der Bereich der IG BCE insgesamt besser organisiert ist als andere.

Wo Statistiken aufgestellt werden, ist nur die Staatsangehörigkeit erfasst und nicht Menschen mit Migrationshintergrund.

Insgesamt haben 8,5 Prozent der IG BCE-Mitglieder einen ausländischen Pass. Bei den Betriebsratswahlen Ende 2010 wurden 1.040 ausländische IG BCE-Mitglieder gewählt, 108 von ihnen sind Betriebsratsvorsitzende. Auch dies sind bemerkenswerte Zahlen. Allerdings liegt der Anteil an den BR-Mitgliedern bzw. Vorsitzen-

den mit 4,4 und 3,8 Prozent deutlich unterhalb des Anteils an Mitgliedern. Immerhin aber kann die IG BCE mit Michael Vassiliadis einen Vorsitzenden mit Migrationshintergrund vorweisen.

In der IG Metall ist der Anteil ausländischer Mitglieder mit 8,4 Prozent praktisch gleich wie bei der IG BCE. Der Anteil der Betriebsräte entspricht mit 8,3 Prozent der Mitgliederstruktur. Bei den Betriebsratsvorsitzenden liegt der Anteil ausländischer KollegInnen mit 4,1 Prozent deutlich unter dem in der Mitgliedschaft.

Allerdings gibt es bei der IG Metall das Problem, dass die Zahl der ausländischen Mitglieder sinkt – von 216.646 im Dezember 2008 auf 193.275 im Januar 2011. Ein Grund dafür: Menschen mit Migrationshintergrund geraten häufiger in Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse, sehen sich dann nicht mehr in der Lage, den Beitrag zu bezahlen und verlassen die Gewerkschaft. Die Arbeitsmarktsituation für Menschen mit Migrationshintergrund hängt also durchaus mit ihrer gewerkschaftlichen Organisation zusammen.

INTEGRATION AUCH NACH INNEN

Ansätze zur Förderung von MigrantInnen in die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben von Beginn der Anwerbung nach Deutschland viele Anstrengungen unternommen, die neu hinzugekommenen KollegInnen in die Organisation zu integrieren. Es gab muttersprachliche Informationen (die IG BCE bringt, wenn auch unregelmäßig, immer noch ein Infoblatt in 8 Sprache heraus), Arbeitskreise wurden eingerichtet. Und – nicht zu vergessen: Die Interessen der ausländischen KollegInnen wurden nach außen vertreten. Sie waren – wenn man so will – aufgehoben und hatten die Möglichkeit, sich in die Organisation einbringen zu können – so wie sie war. Mit der Zeit wurde aber deutlich, dass Zuwanderung auch die Aufnahmegesellschaft in Richtung Interkulturalität verändert und damit auch die Anforderungen an die Gewerkschaften. Und es war offenkundig, dass die Zuwanderer als Gruppe vor besonderen Schranken und Hindernissen standen, die Ange-

hörige der Mehrheitsgesellschaft so nicht kannten.

Die daran anknüpfenden Diskussionen führten zum Beispiel im Jahr 2003 zu einem Ausländerförderprogramm bei der IG Metall, das vom Gewerkschaftstag beschlossen wurde. Das Programm richtete sich gleichermaßen nach außen – so wurde das Ziel formuliert, Benachteiligungen von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden – wie nach innen. Angesichts der Tatsache, dass MigrantInnen in hauptamtlichen und Wahlfunktionen unterrepräsentiert sind, fordert das Förderprogramm: „Die Repräsentanz ausländischer IG Metall Mitglieder ist bei der Besetzung und Wahl der Gremien und Organe der IG Metall deutlich zu verbessern.“

Etwas anders, aber mit derselben Zielrichtung formulierte es die IG BCE bereits 1999 in ihren Grundsätzen zur Ausländerarbeit: „Betrachten

wir rückblickend die Etappen der gewerkschaftlichen Organisation und Beteiligung von ausländischen Arbeitnehmern, stellen wir fest, dass wir Erfolge aufweisen können; jedoch bedarf es einer kontinuierlichen und konsequenten Weiterentwicklung.“ Und es wird als Ziel benannt, dass die ausländischen KollegInnen „an dem gewerkschaftspolitischen Entscheidungsprozess verstärkt beteiligt“ werden.

Der erste ordentliche Bundeskongress von ver.di beschloss 2003, den Bundesvorstand und die Gliederungen zu beauftragen, ein Konzept für eine interkulturelle Öffnung/ Cultural Mainstreaming zu erarbeiten. Für die Diskussion hat das DGB Bildungswerk Bund eine Bestandsaufnahme zur Situation von MigrantInnen in ver.di erstellt. Damit konnte die Arbeit in den drei wesentlichen Elementen von Cultural Mainstreaming genauer ausgerichtet werden. Im einzelnen

sind das: Qualifizierung von Hauptamtlichen, Ausrichtung der Bildungsarbeit auf das Thema und Beachtung von interkulturellen Aspekten bei Diskussionen und Entscheidungen.

Um im Bereich der Hauptamtlichen den Anteil von ver.di-Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen, hat der ver.di-Vorsitzende, Frank Bsirske, erklärt, man müsse bei der Einstellung von Nachwuchssekretären über eine Quote nachdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der neue Aufkleber ist da!

Ab sofort könnt ihr ihn in unserer Geschäftsstelle bestellen.



„RESPEKT! KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS“

IG Metall bringt die Initiative vom Fußballplatz in die Betriebe

Die Botschaft ist knapp formuliert und eindeutig: „Respekt! Kein Platz für Rassismus“. Das Schild mit der Botschaft hängt an den Eingängen von Betrieben, in Werkshallen, Kantinen und so weiter. Nun ist es nicht so, dass ein Mitglied des Betriebsrats oder der Jugend- und Auszubildendenvertretung das Schild nach Feierabend irgendwo anschraubt – im Gegenteil. Das Anbringen oder auch die Einweihung des Schildes ist immer eine Aktion, die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Zum Beispiel bei VW in Salzgitter. Dort wurde das (hier besonders große) Schild in einer Betriebsversammlung im Freien vom Oberbürgermeister der Stadt, Frank Klingebiel, eingeweiht. Der forderte die anderen Unternehmen in seiner

Stadt auf, sich dem Beispiel von VW anzuschließen.

So ist das Schild immer auch Anlass, sich mit dem Thema Rassismus auseinanderzusetzen. Und darum geht es. Angestoßen hat die Aktion der Bereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall.

Ihre Wurzeln hat die Respekt!-Initiative im Sport: Mit „Kein Platz für Rassismus“ ging es zunächst darum, für mehr Rücksicht auf dem grünen Rasen und bei den Fußball-Fans zu werben. Viele Mitstreiter und Botschafter aus dem Sport und Kulturbereich wie zum Beispiel Jürgen Klopp, Trainer von Borussia Dortmund, und Schauspieler Peter Lohmeyer unterstützen seitdem die Initiative und bekennen

Farbe. Schirmherrin ist die frühere Nationalspielerin Steffi Jones.

Mit einer Auftaktveranstaltung hat die IG Metall in Frankfurt/ Main am 1. März 2011 die Kooperation mit der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ gestartet. Dies war übrigens auch Anlass, das Respekt-Schild im Eingangsbereich des IG Metall-Hauptgebäudes anzubringen. Bertin Eichler dazu: „Die Initiative Respekt! passt zu den Werten der IG Metall, die für eine Kultur der Solidarität steht. Rassismus bewirkt das Gegenteil von Solidarität und treibt die Menschen auseinander.“

Von den Sportplätzen ging es also in die Betriebe. Und da ist die Initiative inzwischen vielerorts angekommen und hat eine Reihe von Aktivitäten ausgelöst – von Fußballturnieren bis zur Erarbeitung von Videos.

Ein anderes Beispiel: Auf einem Sommerfest des Stahlwerks Georgsmarienhütte in der gleichnamigen niedersächsischen Gemeinde am 19. August haben die Unternehmensleitung und die IG Metall 2000 Luftballons mit Aktionspostkarten steigen lassen. Finder werden dabei aufgefordert, Vorschläge zu machen, wie man gegen Rassismus aktiv werden kann.

Ulrike Obermayr, bei der IG Metall für gewerkschaftliche Bildung zuständig, zeigt sich mit dem bisherigen Verlauf der noch jungen Initiative zufrieden: „Unsere erste Zwischenbilanz ist durchweg positiv, wir waren über die große Resonanz sehr überrascht. Wir haben bisher etwa 200.000 Menschen mit der Initiative erreicht und die Vielfalt der Veranstaltungen zeigt, dass es ein echtes Bedürfnis gibt, sich mit dem Thema Respekt zu beschäftigen! Für uns sind jetzt im zweiten Schritt die Entwicklung von weiterführenden Bildungsangeboten wichtig, hier wollen wir auch mit der Gelben Hand zusammen arbeiten“.

FILM DES MONATS

...und dann kam MoNA

Der Film „...und dann kam MoNA“ stellt die Situation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Nachqualifizierungsmaßnahmen in den Mittelpunkt und zeigt auf, wie die modulare Nachqualifizierung funktionieren kann.

Die Betroffenen berichten über ihre Motive für das Nachholen eines Berufsabschlusses, über ihre Ziele und ihre aktuelle Arbeitssituation.

... und dann kam MoNA – Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung in Leipzig

Film aus Projekt

Bonn: 2010

Dokumentarfilm – DVD

Der Film kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:

www.migration-online.de/medienverleih

IMPRESSUM:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE

Leo Monz, DGB Bildungswerk

Volker Roßbocha, DGB

Bernd Vallentin, ver.di

Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel

Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211-4301 193

E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Internet: www.setzkasten.de

Tel.: 0211/40 800 900

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz Urlaubszeit konnten wir auch in den letzten Wochen neue Fördermitglieder des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“ gewinnen. Unter anderem auch den Kollegen **Klaus-Dieter Hommel**, stellvertretender Vorsitzender der EVG. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung. Nachfolgend die Namen:

1. Thomas Bernhard, NGG, Geschäftsführer der Region Hannover, Wunstorf
2. Nadine Boltersdorf, NGG Jugend, Niederzier
3. Jan Cromme, NGG, Gewerkschaftssekretär zur Ausbildung, Aachen
4. Moritz Hautmann, IG BCE Gewerkschaftssekretär, Abteilung Junge Generation/Ausbildung der Hauptverwaltung, Hannover
5. Bernhard Hemsing, NGG, stellvertretender Vorsitzender des Landesbezirks Nord, Hasbergen
6. Klaus-Dieter Hommel, stellvertretender Vorsitzender der EVG, Frankfurt
7. Katy Hübner, IG BCE Bundesjugendsekretärin, Hannover
8. Isabel Kraupner, NGG Gewerkschaftssekretärin zur Ausbildung, Gelsenkirchen
9. Vanessa Krieg, NGG, Berlin
10. Miriam Krühler, NGG, Gewerkschaftssekretärin, Berlin
11. Michael Panteleit, IG BCE Gewerkschaftssekretär, Abteilung Junge Generation/Ausbildung der Hauptverwaltung, Hannover
12. Jessica Reckler, NGG Gewerkschaftssekretärin zur Ausbildung, Mannheim
13. Verena Schäffer, MdL-NRW, Düsseldorf
14. Johannes Specht, NGG, Gewerkschaftssekretär Region Oberbayern-Rosenheim, Halfing

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank, Giovanni Pollice, Vorstandsvorsitzender